

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	13
------------------------------------	----

Teil 1: Erscheinungsformen der Internetwahl

1. Kapitel: Einleitung – Internetwahl und Verfassungsrecht

I. „e-Demokratie“ und Internetwahl	15
II. Die Diskussion um die Einführung der Internetwahl	17
1. Argumente für/Chancen der Internetwahl	18
2. Argumente gegen/Risiken der Internetwahl	19
3. (Keine) Abwägung der Argumente	20
III. Die verfassungsrechtliche Dimension der Internetwahl	21

2. Kapitel: Internetwahlprojekte und Kategorien der Internetwahl

I. Bundesrepublik Deutschland	23
1. Wahlsimulation „Wahlkreis 329“	23
2. Wahlspiel zur Sozialwahl 1999 - Techniker Krankenkasse	24
3. Studierendenwahl Osnabrück, Februar 2000	25
4. Personalratswahlsimulation LDS Brandenburg 2000; verbindliche Wahl 2002	26
5. Jugendgemeinderatswahl Fellbach, Juni 2001	28
6. Jugendgemeinderatswahl Esslingen, Juli 2001	31
7. Jugendratswahl Bobenheim-Roxheim, November 2001	32
8. Testwahl zur Landratswahl Landkreis Marburg-Biedenkopf, September 2001	33
II. Schweiz	38
1. Genfer Pilotprojekt	39
2. Neuenburger Pilotprojekt	40
3. Zürcher Pilotprojekt	42
III. Österreich	43
IV. Vereinigte Staaten von Amerika	44
1. Alaska Republican Straw Poll	45
2. Arizona Democratic Party Primary Election	46
V. Frankreich	48
1. Brest	48
2. Issy-les-Moulineaux	49
3. Vandoeuvre-les-Nancy	49

4. Mérignac	51
VI. Vereinigtes Königreich	52
1. St Albans	53
2. Swindon	54
3. Liverpool	55
4. Sheffield	56
5. Crewe	57
VII. Estland	58
VIII. Europäische Union/Gemeinschaft: CyberVote-Projekt	60
IX. ICANN-Wahl 2000	61
X. Typologie der Internetwahl	66
1. Elektronische Wahl und Internetwahl	67
2. Die 3 Kategorien der Internetwahl	67

Teil 2: Internetwahl und Wahlrechtsgrundsätze

3. Kapitel: Wahlrechtsgrundsätze als Maßstäbe der Internetwahl

I. Bedeutung der Wahlrechtsgrundsätze für die Internetwahl	71
II. Untersuchungsgegenstand	73

4. Kapitel: Allgemeine Wahl

I. Der Wahlrechtsgrundsatz der allgemeinen Wahl	75
II. Problem des Ausschlusses bzw. der Benachteiligung von Personen ohne Internetzugang	76
1. Ausschließliche Wahl via Internet	76
2. Internetwahl als ergänzende Alternative zur Wahl im Wahllokal	78
3. Internetwahl als ergänzende Alternative zur Briefwahl	81
4. Zwischenergebnis	82
III. De facto-Ausschluß von der Wahl wegen Verhinderung des Zugangs der Wahlstimme	83
1. Gefahr des Verlustes der Stimme als Problem der allgemeinen und gleichen Wahl	83
2. Rückmeldung über Zugang der Wahlstimme als Vorteil der Internetwahl gegenüber der Briefwahl	84
3. Verhinderung der Übermittlung der Wahldaten	85
a) DoS-/dDoS-Angriffe	85
b) Web Spoofing	88
c) Trojaner	90
d) Viren	91

e) Systemausfälle	92
f) Zwischenergebnis – Potentiale einer vorgezogenen Internet-Wahlzeit.....	93
IV. Gefahr des Datenverlustes bei der öffentlichen Wahlstelle	94
1. Datenverlust durch physikalische Einwirkung	95
2. Datenverlust durch Hacker-Angriffe	96
V. Ergebnis zur allgemeinen Wahl	98

5. Kapitel: Gleiche Wahl

I. Der Wahlrechtsgrundsatz der gleichen Wahl	99
II. Gleiche Stimmenzahl	100
1. Gefahr der Doppelwahl im privaten Umfeld – zur Erforderlichkeit der Versicherung der persönlichen Wahl an Eides Statt	101
a) Problem der Doppelwahl bei Briefwahl und Internetwahl	101
aa) Ausschluß der gleichzeitigen Internet- und Urnenwahl	101
bb) Doppelwahl im privaten Umfeld	101
b) Problem der technischen Realisierung der Versicherung an Eides Statt bei der Internetwahl	102
c) Erfordernis und Rolle der digitalen Signatur	104
d) Zwischenergebnis	108
2. Gefahr der internet-technisch bedingten Mehrfachwahl	109
a) Digitale Signatur als Voraussetzung der sicheren Wähler-Identifizierung	109
b) Ausschluß der Mehrfachwahl	110
aa) Gültigkeit der jeweils ersten Wahl	110
bb) Alternative: Gültigkeit der jeweils letzten Wahl	110
3. Manipulation der Wahlentscheidung bei der Übertragung	111
4. Manipulation bei der Verarbeitung und Auszählung der Wahlstimmen	113
III. Anforderungen an den „Stimmzettel“	114
IV. Ergebnis zur gleichen Wahl	115

6. Kapitel: Freie Wahl

I. Der Wahlrechtsgrundsatz der freien Wahl	117
II. Nicht-internetspezifische Beeinflussung	118
1. Gefährdung der Freiheit der Wahl bei der Briefwahl	118
2. Übertragbarkeit der Argumentation auf die Internetwahl	119
a) Vergleichbare Gefährdung bei Briefwahl und Internetwahl	119

b) Anwendbarkeit der Argumentation des BVerfG trotz Existenz der Briefwahl	120
c) Zwischenergebnis	123
3. Pflicht zur bestmöglichen Sicherung der freien Wahl: Möglichkeit der Mehrfachwahl	123
III. Computer- bzw. internetspezifische Beeinflussung (Werbeeinflussungen etc.)	124
1. Banner bzw. Pop-ups	126
2. Bezahlte Bannerwerbung	127
3. Browser Banner	127
4. Fazit: Ausschluß ungewollter Wahlpropaganda	128
IV. Ermöglichung der ungültigen Wahl	129
1. Internetwahl als Mittel zur Reduzierung ungültiger Stimmen und zurückzuweisender Wahlbriefe	129
2. Das Gebot der Ermöglichung der ungültigen Wahl	130
V. Ergebnis zur freien Wahl	132

7. Kapitel: Geheime Wahl

I. Der Wahlrechtsgrundsatz der geheimen Wahl	133
II. Das Problem der möglichen Beobachtung der Stimmabgabe	134
III. Ausspähen des Wahldatensatzes	136
1. Ausspähen der Daten bei der Eingabe	136
2. Ausspähen der Daten bei der Übermittlung	136
3. Potentiale der Verschlüsselung zur Gewährleistung der geheimen Wahl	137
a) Symmetrische Verschlüsselung	137
b) Asymmetrische Verschlüsselung	138
c) SSL-Protokoll als pragmatische Lösung?	140
4. Zwischenergebnis	144
IV. Gewährleistung der geheimen Wahl bei der öffentlichen Wahlstelle	145
1. Geheimhaltung bei der Briefwahl	145
2. Trennung personenbezogener und stimmbezogener Daten	145
3. Komplexe Verfahren zur Anonymisierung und Geheimhaltung	147
V. Ergebnis zur geheimen Wahl	150

8. Kapitel: Unmittelbare Wahl

I. Der Wahlrechtsgrundsatz der unmittelbaren Wahl	151
II. Internetwahl im Lichte der unmittelbaren Wahl	151

9. Kapitel: Fazit und Ausblick

I. Wahlrechtsgrundsätze als Grenze der Internetwahl	153
II. Anforderungen der Wahlrechtsgrundsätze an die Internetwahl	154
1. Allgemeine Wahl	154
2. Gleiche Wahl	155
3. Freie Wahl	155
4. Geheime Wahl	157
5. Unmittelbare Wahl	157
III. Ausblick: Potentiale verfassungskonformer Internetwahlen	158
1. Erprobung der Internetwahl	158
a) Anwendbarkeit der Wahlrechtsgrundsätze auf Hochschulwahlen etc.	159
b) Zur Rolle von Erprobungsgesetzen	160
c) Aussagekraft von Testwahlen	160
2. Stufenweise Einführung der Internetwahl?	161
<i>English Summary: Internet Voting – Possibilities and Limits in Constitutional Law</i>	163
<i>Glossar</i>	171
<i>Literaturverzeichnis</i>	177